

## Wie ich mich schäme

In Wilhelm Zaisers ostzonalen Staatssicherheits-Ministerium herrscht große Aufregung wegen abhanden gekommener Pandekten. Seit dem 17. Juni vermisst die SSD-Filiale Halle ihre ganze Kartei der Verbindungsleute samt dem dazugehörigen Archiv.

SED-Genosse Potruba, Abteilungsleiter des Halleschen SSD, kann sich nicht erklären, wo diese Kartei geblieben ist. In der kritischen Zeit befand er sich auf einem Scheunenboden der Produktionsgenossenschaft in Gerbstedt. Dorthin war er vor der massiv anrückenden Bevölkerung geflohen.

Seit Tagen wird in Halle jeder Verhaftete befragt, ob er beim Sturm auf die alte Ortskrankenkasse, den Sitz des SSD, dabei gewesen sei. Bis dato ohne Erfolg. Denn, so merkwürdig es klingen mag, die Hallesche SSD-Zentrale wurde gar nicht gestürmt, sondern von Wohlinformierten in aller Seelenruhe ausgeräumt.

Das allerdings war wohl die einzige Aktion, die im Bezirk Halle für einen „Tag X“ vorbereitet worden war. Was sich die SSD-Dialektiker als Erklärung der Arbeiter-Revolte nachträglich zurechtlegten, der angeblich „sorgfältig vorbereitete Putsch faschistischer Provokateure“, erwies sich als erstaunliche Kettenreaktion der Berliner Ereignisse.

Bereits am Abend des 16. Juni waren in Halle die Ostberliner Ereignisse bekannt, und am anderen Morgen gingen die Arbeiter zwar in ihre Fabriken, nahmen die Arbeit aber nicht mehr auf. Überall in der Stadt bildeten sich Menschenansammlungen, die das Neueste erfahren wollten. Gerüchte, daß in Ostberlin die SED gefangen-gesetzt worden sei, wurden ebenso schnell weitergetragen wie die Parole, daß zwischen Volkspolizei und Sowjets erste Feindberührung stattgefunden habe.

Einzelne Gruppen drangen bis zu den Hallenser Partei- und Regierungsdienststellen vor und machten enttäuscht wieder kehrt: Was Rang und Parteiabzeichen hatte, war über Nacht unrühmlich gestürzt. In der ersten Wagenkolonne mit sechs BMW-Limousinen befand sich die Bezirksleitung der SED.

Inzwischen hatten im Buna-Werk Schkopau und in den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“ Arbeiter ihre Lastwagen bestiegen. Sie rasten über die regennasse Chaussee in Richtung Bezirkshauptstadt Halle. Streikende Kumpel der Grube Annendorfer requirierten die Alarmwagen der Volkspolizei und legten mit blauem Licht und Einsatz-Signal über die Autobahn. Eine Stunde später grub sich die kasernierte Volkspolizei links und rechts der Autobahn feldmarschmäßig ein.

Bei **Wolfsperren** bewaffnete Arbeiter jeglichen Fernverkehr. Nur SED-Genosse Gottlieb von der „Nationalen Front“ am Stresemannplatz konnte die Absperrung durchbrechen. Er hatte sich als Grubenarbeiter verkleidet und erklärte: „Ich bin vom Annendorfer Streikkomitee.“

Gegen 11 Uhr, am Mittwochvormittag, zogen 20 000 Demonstranten ohne besondere Führung durch die Stadt. Die Menge trug rasch bemalte Transparente wie „Verjagt die SED-Verbrecher“ und „Wir wollen eine deutsche Regierung“. Am Marx-Engels-Platz wurde die SED-Bezirksleitung ausgeräumt. Einer Rotte jugendlicher Helfer der Volkspolizei, die sich der Menge entgegenzustellen wagte, wurden die FDJ-Hosen ausgezogen und gelinde Prügel verpaßt.

Bis dahin war in der Innenstadt kein Schuß gefallen. Die Volkspolizei setzte sich an den Stadtrand ab. Einige Volksarmisten zogen ihre Uniformjacken aus und marschierten im Demonstrationszug mit. Vor der VP-Haftanstalt, Kleine Steinstraße, gab es den ersten Toten. Der FDJ-Funktionär und Agrarstudent Gerhard Schmidt wurde, als er die Menge mit einer linientreuen Rede stoppen wollte, von einem Volkspolizisten in Verkennung der Sachlage als Anführer erschossen. Die Menge, die Zusammenhänge nicht ahnend, stürmte das Gefängnis und befreite 38 Inhaftierte.

Schmidt erhielt genau acht Tage später ein Staatsbegräbnis und die SED-Zeitung



Bewegung mit dem Zeigefinger  
Kartei verschwunden: **SSD-Chief Zaisser**

„Freiheit“ schrieb von „feigem Mord faschistischer Provokateure“.

Während die Bevölkerung Halles so weit die Macht ergriff, zog das sowjetische Kommando aus dem Raum Dessau, in dem, wie überall in der Zone, der Aufstand tobte, drei Eliteregimenter und eine Panzerschützenbrigade ab. Am Stadtrand von Halle fuhren die Sowjets rücksichtslos mit Panzerspähwagen in die Menge hinein. Drei der wahllos Verhafteten wurden ins Kastanienwäldchen gebracht und ohne Verhandlung exekutiert. Ab 15 Uhr herrschte in Halle das Standrecht der Roten Armee.

Unter dem Schutz der Sowjetpanzer tasteten sich kurz darauf die ersten olivgrün uniformierten Vopos in die Straßen der Stadt. Sie wurden aus Fenstern und Dachluken mit Blumentöpfen und alten Flaschen bombardiert. Auf dem Hallmarkt kam es zu einem Gefecht zwischen Leuna-Arbeitern, die zuvor Volkspolizisten entwaffnet hatten, und Einheiten der kasernierten Volkspolizei. Bis in die Abendstunden lagen in den Straßen Halles mehrere hun-

dert Tote und Schwerverwundete. In der Nacht riegelten Panzer die Zufahrtsstraßen ab, Vopos und Sowjetarmisten durchkämmten die Wohnblocks nach versteckten Demonstranten.

Erst am übernächsten Tag wagten sich die SED- und Regierungsfunktionäre aus ihren Fluchtorten nach Halle zurück. Die meisten hatten auf Staatsgütern und Kolchosen die Entwicklung abgewartet, bis die Vopo sie zurückholen kam. Noch am gleichen Tag trafen die ersten zentralen Anweisungen aus Ostberlin ein:

- Unbedingt die Arbeiter beruhigen.
- Verhaftete und Erschossene als „Provokateure und Faschisten“ deklarieren. Das Ganze habe alle ein von Westberlin gelenkter Staatsstreich zu gelten.
- Konsequente Absperrung Halles von der Außenwelt und Ausnahmezustand für unbestimmte Zeit.

Am dritten Tag nach dem Ausbruch war der Aufstand praktisch niedergeschlagen. Die Zahl der Todesopfer wurde auf nahezu 150 geschätzt. Die SED bezog ihre demolierten Räume. Drei schnell einberufene Sondergerichte sprachen Urteile der Regierung Grotewohls. Was sich in der gesamten Zone an angestauter Volkswut entlud, wurde auch in Halle mit Hilfe sowjetischer Panzer zusammengewalzt. Eigenbilanz der Volkspolizei in Halle: 17 Tote, ein in der Saale ertränkter VP-Kommissar und eine nicht genannte Zahl von Deserteuren. SSD-Minister Zaisser erklärte jedoch vor dem Ministerrat: Die VP beklage in der gesamten Zone und Berlin nur vier Tote.

Was Minister Zaisser weiterhin verschwieg, ist der Geheimakten-Diebstahl in Halle. Auch die findigsten SSD-Agenten wissen noch nicht, ob die V-Leute-Kartei inzwischen in Westberlin wieder aufgetaucht ist.

Ebenso ungeklärt ist noch ein anderer Vorgang, der auf „Klassenfeinde“ in der Vopo-Befehlsstelle schließen läßt. Minister Zaisser weiß bis jetzt noch nicht, wer den Befehl gab, zwei Vopo-Bereitschaften von Leuna nach Weißenfeld abzuführen. Als die Vopo Leuna gerade verlassen hatte, brach dort ein Großfeuer aus. In Weißenfeld wurde aber gar keine Vopo benötigt, weil dort genügend russische Truppen bereitstanden.

Das **SED-Politbüro** brauchte mehrere Tage, bis es nach internen Sitzungen endlich die auch Karlsruher genehme Sprachregelung ausgebrütet hatte. Dann hagelte es Aufrufe und Flugblätter mit erbitterten Selbstanklagen, neuen Versprechungen und einem Neun-Punkte-Sofort-Programm („Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung“), das nun jeden Tag in der Sowjetzonen-Presse beweihräuchert wird.

Da schreiben dann achtzigjährige Frauen „spontan“, wie sehr sie sich schon darauf freuen, daß nun die Stromsperrungen fallen sollen, und ein Arbeits-Veteran aus Henningsdorf spricht der Regierung seinen Dank dafür aus, daß in Zukunft bei Krankheitsfällen die Krankheitsdauer nicht mehr vom Erholungsurlaub abgezogen werden soll, was hier üblich war. So groß ist jetzt der Fortschritt.

Aber es werden auch Flugblätter verteilt, die den meuternden und wieder geduckten Arbeiter jetzt moralisch packen sollen, Flugblätter mit der Überschrift „Wie ich mich schäme!“ Darin steht, daß die so wenig vom Fortschritt der SED überzeugten Arbeiter eigentlich jedem Volkspolizisten persönlich danken müßten, „weil er nicht den Zeigefinger bewegt hat“.

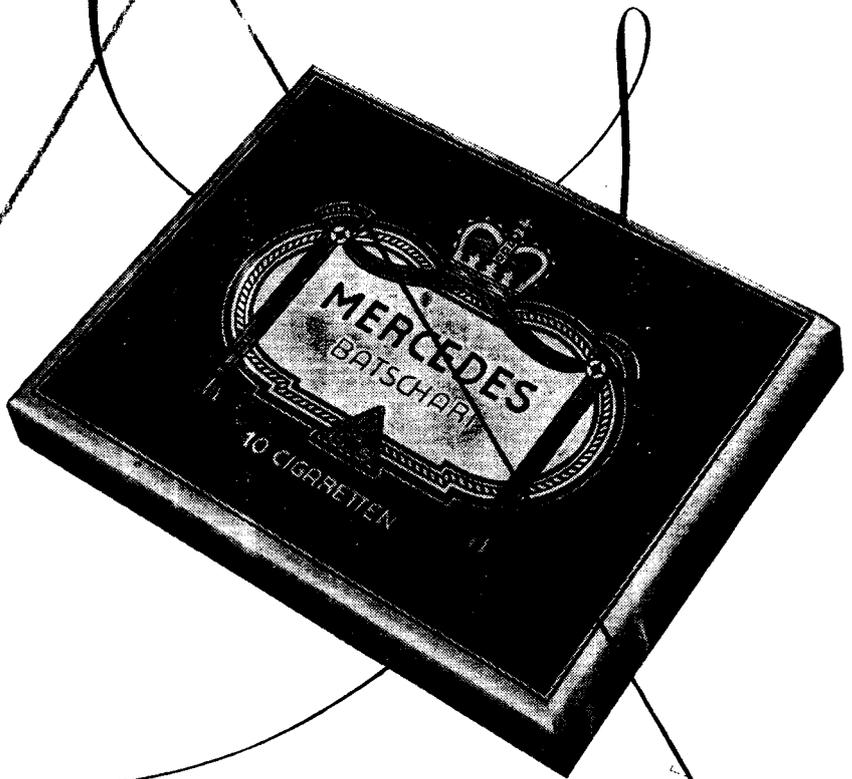
Lieber  
Leichter,  
Lieber  
Mercedes

• • was viele Raucher  
lange ersehnten:

**MERCEDES**  
*Rein Orient*

jetzt **10** Pf

Die Tabaksteuerreform ermöglichte die  
Preissenkung bei gleichbleibender Qualität



*Rein Orient • Batschari Tradition*

Wörtlich: „Vierschrötig kamt ihr daher. Sonnengebräunte Gesichter, muskulöse Arme, Nacken — gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt, man konnte es sehen . . . Die Volkspolizei aber ließ euch ziehen. Sie schoß nicht. Warum wohl nicht? Versetzt euch mal in die Lage eurer Genossen Volkspolizisten . . . Eine kleine Bewegung mit dem Zeigefinger hätte genügt, um dem ganzen Schwindel ein jähes Ende zu bereiten. Diese kleine Bewegung mit dem Zeigefinger unterblieb.

„Unterblieb, nicht weil die Volkspolizei Angst hatte, sondern weil sie sehr, sehr mutig war. Für diesen Mut wird man der deutschen Volkspolizei künftig nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo Menschen wohnen die den Frieden lieben, sehr dankbar sein.“

Und weiter: „Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf seinen silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen. Ihr dürft wie gute Kinder abends um neun Uhr schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der deutschen Volkspolizei.“

Autor dieser Moralpredigt im Stile Ilja Ehrenburgs ist der SED-Nachwuchs-„Dichter“ „Nationalpreisträger“ Kurt Bartel (Autorenname: Kuba). Alle Minister und Spitzenfunktionäre, wie Kuba, wurden vom SED-Politbüro angewiesen, sich in dem eben gestarteten „Feldzug zur Rückgewinnung des Vertrauens“ zu bewähren. Sie fahren von Großbetrieb zu Großbetrieb, um „Vertrauenskundgebungen“ abzuhalten und sich — wie kürzlich sogar SED-Generalsekretär Walter Ulbricht im Großdrehmaschinenbau „7. Oktober“ in Berlin-Weißensee — selbst der Kurzsichtigkeit zu bezichtigen.

Aber auf dieses dialektische Zuckerbrot folgte sehr bald wieder die Peitsche: Es wird den Arbeiter-Rebellen vorgehalten, daß der ohnehin schon überstrapazierte „DDR“-Haushalt durch den Juni-Aufstand einen Produktionsverlust in Höhe von 85 Millionen Mark erlitten hat. Der soll nun durch Übersoll-Leistungen, durch zusätzliche Nacht- und Sonntagsschichten wieder aufgefangen werden.

## WAHLGESETZ

### Des Kanzlers Pietät

Es hat nichts genützt, daß Konrad Adenauer die 3. Lesung des Bundestages über das Wahlgesetz auf Donnerstag letzter Woche hatte vertagen lassen. Was er noch vor vierzehn Tagen „wieder in Ordnung“ bringen wollte, nämlich den Durchfall des von ihm gewünschten Scharnberg-Entwurfs\* zum Wahlgesetz in der 2. Lesung, hat er nun als unwiderruflich hinnehmen müssen. Westdeutschlands Wähler werden im September nach dem vom Kanzler bis zuletzt hartnäckig bekämpften Onnen-Entwurf\*\* wählen.

\*Scharnberg-Entwurf: Halber Bundestag direkt gewählt mit absoluter Mehrheit (jeder Kandidat muß in seinem Kreis über 50 Prozent aller Stimmen haben, sonst Stichwahl); andere Hälfte des Bundestages nach Listen gewählt. Listenverbindungen der Parteien mit internem Sitzausgleich möglich. Das heißt: Durch Listenverbindung können zunächst einmal fast überall Koalitions-Abgeordnete gegen die Opposition durchgebracht werden; hinterher werden die Anteile der Bündnispartner über den internen Ausgleich wieder begründet.

\*\*Onnen-Entwurf: Halber Bundestag direkt gewählt mit einfacher Mehrheit (wer im Kreis die meisten Stimmen hat, ist gewählt); andere Hälfte auf Listen. Listenverbindungen der Parteien mit internem Sitzausgleich verboten.

Nun wird niemand Konrad Adenauer nachsagen können, daß er in seinem Einsatz für den Scharnberg-Entwurf vor und nach der 2. Lesung nicht zähe genug gewesen sei und sich von kleinlichen Skrupeln habe hemmen lassen. Voraussetzung seines Sieges wäre gewesen, zu den Stimmen von CDU/CSU die Stimmen der Bayernpartei-Abgeordneten im Bundestag für den Scharnberg-Entwurf zu gewinnen. Das war ein nicht einfaches Unterfangen, weil

- 1. die Bayernpartei sich von dem Onnen-Entwurf viel mehr versprechen konnte und
- 2. Bayernpartei und CSU in Bayern bisher wie Katz und Maus gelebt hatten.



Ihr dürft wie gute Kinder schlafen  
SED-Nachwuchsdichter Kuba

Daß Konrad Adenauer sein Arrangement mit der Bayernpartei auf Kosten seiner CSU plante, erfuhren die Hörer des Bayerischen Rundfunks am Abend des 11. Juni — also vor der 2. Lesung —, als sie mit der Meldung überrascht wurden, „daß Verhandlungen zwischen der CSU und der Bayernpartei über die Gestaltung des Wahlgesetzes und über ein Wahlabkommen unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Gespräche wurden bereits vor einiger Zeit in der Bundeshauptstadt aufgenommen und werden geführt zwischen Franz Josef Strauß und Dr. Jaeger einerseits und Dr. Anton Besold und Dr. Decker andererseits.

„Der Bundeskanzler hat sich in die Verhandlungen wiederholt persönlich eingeschaltet und empfangt heute erneut die Vertreter der Bayernpartei. Zur Zeit findet im Bundeshaus eine vertrauliche Konferenz der Beauftragten beider Parteien statt.“

Natürlich „dementierten die Gesprächspartner“ zunächst in einer gemeinsamen Erklärung, daß „sich Bundeskanzler Dr. Adenauer in die Besprechungen eingeschaltet“ habe. Aber drei Tage später wurde die Meldung von der CSU schlicht bestätigt.

Zu dieser Zeit packten die Delegierten der CSU gerade daheim ihre Koffer für

die Abreise zur CSU-Landesversammlung nach Augsburg. Die Meldung und alle damit ausgelösten Vermutungen nahmen sie als Zeitzunder mit zum Tagungsort, wo diese Sprengkörper schon am 12. abends in einer Sitzung der erweiterten Vorstandschaft der CSU mit lebhaftem Getöse losgingen.

Die Grundlage der Bonner Besprechungen war nämlich nichts anderes, als daß der Bayernpartei für die kommende Bundestagswahl wieder jene elf Mandate garantiert werden sollten, die sie in der Bundestagswahl 1949 in Ober- und Niederbayern errungen hatte. In diesen elf Wahlkreisen hätte die CSU nun nach dem Willen des Kanzlers ihren Wählern empfehlen sollen, einen BP-Kandidaten zu wählen.

„Hartmut Bayer“, eine Stimme der Bayerischen Staatskanzlei, die regelmäßig in der „Schwäbischen Landeszeitung“ zu vernehmen ist, meinte dazu:

„Die politischen Arithmetiker des Bundeskanzleramtes errechneten, daß diese elf Stimmen den Sieg des Scharnberg-Plans ausmachen könnten. Angesichts des einsetzenden Liebesworbens verstand die BP, ihre Position geschickt zu nützen. Der größere Teil der Gespräche wurde nicht zwischen CSU und BP, sondern zwischen dem durch seine Reisen nach München im politischen Leben Bayerns hinreichend bekannten Ministerialdirektor Globke (vom Bundeskanzleramt) und der Bayernpartei geführt.

„Allein diese Tatsache mußte bei der CSU Verwunderung hervorrufen. Ihre Stellung in Bonn und München läßt es nicht zu, daß ein außerbayerischer Ministerialbeamter über ihren Kopf hinweg verhandelt. Erst am Donnerstag trafen sich im Bundeshaus offiziell die Unterhändler der CSU und der Bayernpartei. Die Diskussion nahm nach Augenzeugenberichten solche Stärke an, daß sie, obwohl in einem höheren Stock des Bundeshauses geführt, im Erdgeschoß teilweise bequem mitgehört werden konnte.“

Was unter solchen Umständen in Bonn projiziert worden war, mußte vor den erbitterten Delegierten der CSU-Landesversammlung in Augsburg vertreten werden. Daß nun der Bundeskanzler bei einem Ansinnen seinen bayerisch gesinnten Freunden einige Großzügigkeit zumutete, geht einmal daraus hervor, daß die CSU nun etwa im Bayerischen Wald den BP-Kandidaten Ludwig Volkholz, Revierförster aus Watzlsteg, hätte propagieren und wählen müssen, mit dem sie normalerweise heftig verfeindet ist und den das Plenum des Bundestags in Konsequenz des SPIEGEL-Ausschusses vergeblich aufgefordert hat, sein Mandat niederzulegen.

Im Wahlkreis Traunstein hätte sie dem BP-Kandidaten Sepp Parzinger erneut zum Siege verhelfen müssen, der als Gegner der EVG-Verträge bisher auch im Bundestag immer wieder auftrat.

Die Annahme dieses Wahlabkommens hätte aber weiter bedeutet, daß die CSU dem Kanzler und seinem Scharnberg-Entwurf zuliebe ihre in Ober- und Niederbayern bereits aufgestellten Kandidaten hätte zurückweisen müssen — ein Schicksal, dem unter anderem auch der Bundespostminister Dr. Hans Schubert, der in Landshut für die CSU kandidiert, überantwortet worden wäre. Die Pietät des Kanzlers und seiner Bayernpartei-Gefolgschaft machte in Niederbayern nur vor Fritz Schäffer halt, an dessen Passauer Wahlkreis auch dieses ursprüngliche Wahlabkommen nicht gerührt hätte.

Die CSU-Delegierten von Niederbayern fanden sich also bei der Landesversammlung in Augsburg angesichts dieser Lage zu einer eigenen Sitzung zusammen und